

Sönke Rix

- (A) in einem ersten Schritt erreicht, indem wir Verbesserungen vorgenommen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Thomas Jarzombek [CDU/CSU]: Ihr habt die Anzahl derjenigen erhöht, die vom BAföG nicht mehr leben können!)

Außerdem haben wir den Notfallmechanismus eingeführt, weil wir gerade in der Coronazeit gelernt haben, wie wichtig es ist, Studierenden in Notfallsituationen, wenn sie ganz plötzlich nicht mehr noch irgendwo nebenbei im Job arbeiten können, zu helfen. Damit haben wir die Situation von Studierenden verbessert.

Jetzt wollen wir eine längere Bezugsdauer. Ria Schröder hat gerade noch einmal sehr deutlich dargestellt, wie es ist, wenn man studiert und dabei die Regelstudienzeit überschreitet, sodass es kein BAföG mehr gibt, oder wenn man das Studienfach wechselt, was in vielen Fällen sinnvoll und gut sein kann. Auch hier nehmen wir mit diesem Paket Verbesserungen vor.

Und wir führen die Starthilfe ein, liebe Kolleginnen und Kollegen – noch einmal 1 000 Euro für diejenigen, die Bedarf haben. Das ist besonders wichtig. 1 000 Euro am Anfang eines Studiums für einen Laptop oder für die Mietkaution, das ist nicht nichts. Es ist etwas für den Start, und anschließend gibt es dann weiterhin BAföG, liebe Kolleginnen und Kollegen.

- (B) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich will noch mal unterstreichen: Das sind auch keine Almosen. Wir sagen nicht etwa: Wir geben Studierenden Geld, damit sie nicht nebenbei noch arbeiten müssen, obwohl sie es eigentlich könnten usw. – Nein, das ist eine Investition in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD – Nadine Schön [CDU/CSU]: Die dürfen ja gar nicht!)

Jeder Cent, den wir in Ausbildung investieren wie auch in BAföG, gerade auch für diejenigen, die sich das nicht leisten können, weil sie aus einem Elternhaus kommen, dass das nicht finanzieren kann, ist sehr wichtig. Denn wir brauchen die Fachkräfte. Wir brauchen die Menschen in Arbeit. Wir brauchen gut ausgebildete Menschen. Das ist auch ein Beitrag, den das BAföG leistet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es ist richtig, dass die Erhöhung – es gibt mehr BAföG – bisher noch nicht in dem Ausmaß erfolgt, wie wir es uns als Sozialdemokraten wünschen. Ich finde es tatsächlich interessant und schön, Frau Kollegin Schön und liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, dass ausgerechnet Sie das Bürgergeld und den Mindestlohn hier heranziehen und sagen: Da schaffen Sie es doch auch, das zu steigern. – Ja, das haben wir geschafft, allerdings nicht mit Ihrer Zustimmung. Das vergessen Sie zu sagen.

- (C) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie sagen nämlich: Wir wollen keine Erhöhung des Bürgergelds. – Sie haben auch nicht zugestimmt, als wir den Mindestlohn erhöht haben. Aber jetzt sagen Sie: Das wollen wir gern.

(Zuruf der Abg. Nadine Schön [CDU/CSU])

– Ja, aber warum haben Sie das dann in der letzten Wahlperiode immer blockiert? Es waren die Sozialdemokraten, die schon in der letzten Wahlperiode eine automatische Anpassung wollten. Das haben Sie als Union blockiert. Also bleiben Sie ehrlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wir werden noch intensive Beratungen haben. Die Vorbesprechungen innerhalb der Koalition dazu sind schon sehr fruchtbar gewesen. Der Regierungsentwurf ist ein sehr guter Entwurf, auf dem wir jetzt im parlamentarischen Verfahren gut aufbauen können. Ich wünsche dem parlamentarischen Verfahren gutes Gelingen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

- (D) **Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Die nächste Rednerin ist Gitta Connemann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.“ – „Dazu liegen der Bundesregierung keine Daten vor. Zuständig sind die Länder.“ So beantwortet die Bundesregierung regelmäßig unsere Fragen zum BAföG, durchaus konkrete Detailfragen wie zum Beispiel nach Bearbeitungsdauern. Aber das sind die Standardantworten: Weiß nicht, kann nicht, will nicht.

(Ria Schröder [FDP]: Ja, weil die Länder dafür zuständig sind, Frau Connemann!)

Das ist das BAföG-Bingo in der Ampeledition.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Fortschrittskoalition, Sie bemühen sich noch nicht einmal um Antworten. Das Deutsche Studierendenwerk spricht deshalb mittlerweile von einer faktischen Vernachlässigung durch die Ampel. Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, deshalb empfehle ich Ihnen auch den Faktencheck, statt hier den Sonntagsreden zuzuhören.

(Ria Schröder [FDP]: Wenn Sie hier so einen Blödsinn erzählen, dass wir hier im Bund die E-Akte einführen könnten im BAföG, dann empfehle ich Ihnen auch den Faktencheck!)

Gitta Connemann

- (A) Denn dem Grunde nach ist das, was Sie hier sagen, einmal mehr: Sie werden Ihrer Verantwortung durch die BAföG-Novelle nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Versprochen wurde eine Reform. Geliefert wird ein Reformchen. Sie beschreiben die Probleme, aber Sie lösen diese nicht. Das erklärt übrigens auch die Aggressivität Ihrer Wortbeiträge; denn Sie wissen ganz genau, dass hier nichts als heiße Luft geliefert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ria Schröder [FDP]: So ein Blödsinn! Eine Frechheit!)

Übrigens anders als in der Großen Koalition:

(Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht sollten Sie mal einen Faktencheck machen!)

Die größte BAföG-Reform gab es 2019. Schon 2014 hat der Bund beschlossen, die Kosten des BAföG ab 2015 vollständig zu übernehmen, damals unter einer schwarz geführten Bundesregierung;

(Nadine Schön [CDU/CSU]: Ja!)

die Länder sind entsprechend entlastet worden. Wir haben 2019 die Förderhöchstsätze hochgesetzt, die Einkommensfreibeträge gesteigert, den Kinderbetreuungszuschlag erhöht und die Rückzahlung auf 10 000 Euro gedeckelt. Das waren die Leistungen der Union. Und jetzt kommen Sie, und da kommt nichts.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Insbesondere scheinen Sie die echten Probleme von Studierenden gar nicht zu interessieren, wie zum Beispiel die Situation von deutschen Studierenden im Ausland. Bei uns zu Hause im Emsland und in Ostfriesland studieren viele in den Niederlanden, in Groningen, in Enschede beispielsweise. Europa wird bei uns gelebt. Aber mit dieser Realität ist das Auslands-BAföG vollkommen inkompatibel. Wenn man endlich herausgefunden hat, wer überhaupt zuständig ist, wartet man ewig auf die Bescheidung – die Kollegin Schön hat darauf hingewiesen –, wie etwa eine Studentin in Leer, die ein Jahr auf die Bescheidung gewartet hat – zwei Semester! Auf meine Frage an das Ministerium nach den Bearbeitungszeiten beim Auslands-BAföG hieß es – Bingo! Sie kennen es schon –: „Dazu liegen uns keine Informationen vor. Die Länder sind zuständig.“

Nein, für das Auslands-BAföG ist der Bund zuständig. Grundlage ist ein Bundesgesetz, das Bundesausbildungsförderungsgesetz, übrigens zu 100 Prozent finanziert durch den Bund. Es geht um Auswärtiges, beides Kernverantwortung des Bundes. Der Bund könnte, wenn er wollte, den Vollzug an sich ziehen. Aber Sie wollen es eben nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ria Schröder [FDP]: Sie wollen die BAföG-Ämter auflösen!)

Sie wollen noch nicht einmal das Zuständigkeitswirrwarr auflösen. Insgesamt schlagen sich in Deutschland 18 Stellen mit dem Auslands-BAföG herum, wie das

- Dezernat 49 der Bezirksregierung Köln für Benelux, (C) das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf für Vatikan und San Marino.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Kreisverwaltung Mainz-Bingen ist übrigens die richtige Ansprechpartnerin für Frankreich und Monaco. Vielleicht schauen Sie sich das mal an, auch den Eintrag auf der Internetseite der Kreisverwaltung. Ich zitiere:

„Aufgrund personeller Engpässe und einem sehr hohen Arbeitsaufkommen kommt es derzeit bei der Bearbeitung entsprechender Anliegen im Bereich BAföG zu Verzögerungen.“

(Nadine Schön [CDU/CSU]: Für Frankreich!)

Was für ein Kuddelmuddel!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für Studierende ohne Rücklagen platzt damit der Traum vom Studium.

Dabei liegt die Lösung auf dem Tisch. Wir haben sie in unserem Antrag dargestellt.

(Ria Schröder [FDP]: Das ist echt eine Frechheit!)

Schaffen Sie einen Ansprechpartner für alle beim Auslands-BAföG, –

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

(D)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

– und digitalisieren Sie die Bearbeitung vollständig! Beides ist möglich, wenn der Bund nur will.

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Unser Vorschlag liegt auf dem Tisch. Stimmen Sie zu! Bingo!

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Gyde Jensen [FDP])

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Kai Gehring für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Frau Connemann, es ist kein Zufall, dass sich niemand mehr an die BAföG-Reformen von Frau Karliczek und Frau Wanka erinnert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stephan Albani [CDU/CSU]: Doch! Tun wir! – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das tun wir;

Kai Gehring

- (A) das habe ich gerade dargestellt, Herr Kollege Gehring! Zuhören! Zuhören! Zuhören!

Das BAföG baut Barrieren ab und ermöglicht freie Bildungswege. Diese Wahlperiode ist die erste in der Geschichte der Bundesrepublik und seit Bestehen des BAföGs mit mehr als einer Reform.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ria Schröder [FDP] – Nadine Schön [CDU/CSU]: Das ist doch kein Qualitätskriterium!)

Als Koalition haben wir direkt im ersten Regierungsjahr die Freibeträge um 20,75 Prozent, die Bedarfssätze um 5,75 Prozent und den Wohnkostenzuschuss um 10,8 Prozent erhöht. Damit haben wir Studis entlastet, den Zugang zum BAföG erweitert, Wohnkosten gedämpft. Das war das höchste Plus aller Zeiten, und es war bitter nötig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir kennen die Sorgen der Studierenden. Jetzt, im zweiten Schritt, reformieren wir das BAföG weiter und gehen an seine Strukturen. Die neue Studienstarthilfe wird jungen Menschen aus Familien mit Sozialleistungsbezug künftig die ersten finanziellen Hürden am Studienanfang nehmen. Das ist ein toller Schritt; denn mit dem Zuschuss in Höhe von 1 000 Euro wird das BAföG für sie zum Sprungbrett. Dass die Union selbst daran mäkelte, das macht uns fassungslos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

- (B) Auch an anderer Stelle gibt es endlich Updates. Wir erleichtern den Studienfachwechsel und ermöglichen mehr Flexibilität bei der Studiendauer. Boah, haben wir das hier lange diskutiert. Wir machen das jetzt endlich. Wir erhöhen die Freibeträge um weitere 5 Prozent. Mehr Studierende erhalten damit Zugang zum BAföG. Teilgeförderte profitieren von höheren BAföG-Zahlungen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und ja, viele Studierende sind armutsgefährdet und leiden besonders unter Inflation und hohen Mieten. Darum benötigen wir jetzt dringend auch ein Plus bei den Bedarfssätzen und auch ein Plus beim Wohnkostenzuschuss.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Dann macht es!)

Dafür werden wir uns im parlamentarischen Verfahren weiter einsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Karamba Diaby [SPD])

Für meine Fraktion werbe ich einmal mehr eindringlich darum, einen Mechanismus einzubauen, wie auch zum Beispiel bei Renten und Bürgergeld, mit dem das BAföG automatisch, regelmäßig und berechenbar erhöht wird. Das muss im Interesse von uns allen sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

In Zukunftschancen investieren wir viel mehr. Mit dem Programm „Junges Wohnen“ fördern wir seit 2023 Studierenden- und Azubi-Wohnen mit jährlich 500 Millionen Euro. Das schafft mehr bezahlbaren Wohnraum. Das Deutschlandticket für Studierende ermöglicht Mobilität zu vergünstigten Preisen. Auch in der Energiekrise konnten Studierende auf uns zählen. Mit zwei Heizkostenzuschüssen und über die Einmalzahlung haben wir Studierende mit 567 Millionen Euro unterstützt.

Um unsere Strukturreform zu komplementieren, müssen wir jetzt als Haushaltsgesetzgeber noch mal ran. Wir brauchen auch den Garantiebtrag der Kindergrundsicherung für über 18-Jährige. Dann würden wir weiter BAföG-Geschichte schreiben und das BAföG endlich elternunabhängiger machen und ganz konkret mehr Studierende mehr unterstützen. Weiter geht's! Machen statt Mäkeln!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Thomas Jarzombek für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Jarzombek (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt viele Sozialleistungen in Deutschland, die man braucht, weil man in eine Notlage geraten ist. Aber es gibt eine Sozialleistung – das ist das BAföG –, die man erhält, weil man etwas tun möchte, weil man Ambitionen hat, etwas zu lernen, weil man Ambitionen hat, sich zu qualifizieren, weil Menschen einen Meisterbrief erwerben oder ein Studium beginnen wollen. Das ist etwas Gutes. Deshalb ist das BAföG die beste Sozialhilfe, die es in diesem Land gibt.

Gucken wir aber mal, wie sich die Sozialhilfen aktuell entwickeln. Ich zitiere den Bundeskanzler aus einem Interview von vorgestern:

„Ich bin klar dafür, den Mindestlohn erst auf 14 Euro, dann im nächsten Schritt auf 15 Euro anzuheben.“

Das wäre ein Plus von 20,9 Prozent.

(Sönke Rix [SPD]: Mindestlohn ist keine Sozialhilfe!)

Das Bürgergeld steigt um 12 Prozent. Weiterhin steigen in diesem Jahr der Kinderzuschlag, der Kinderfreibetrag, der Unterhaltsvorschuss, die Sozialhilfe und andere Dinge.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Sie dafür oder dagegen?)

Meine Damen und Herren, Sie schreiben mit diesem BAföG-Gesetz heute Geschichte; denn es ist das erste Mal in der Geschichte des BAföGs, dass es nicht nur nicht erhöht wird, sondern gesenkt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Lina Seitzl [SPD]: Es wird ja heute auch noch nicht ver-